

## THEMA DES TAGES

**ANGST VOR RUSSLAND** Mit der Zuspitzung des Ukraine-Konflikts wächst die Sorge vor einem neuen russischen Imperialismus. Insbesondere das Baltikum ruft nach Schutz, aber auch andere Staaten fühlen sich bedrängt. Die Nato steht vor einer Gratwanderung.

# Düstere Stimmung

Die Polen sehen sich vor allem von Deutschland nicht ausreichend unterstützt

Fast 80 Prozent aller Polen sehen die Sicherheit ihres Landes bedroht. Medien und Teile der Bevölkerung argwöhnen, dass der Westen dem russischen Präsidenten Putin nicht entschlossen entgegentritt.

JENS MATTERN

In Polen herrscht Vorkriegsstimmung. Premierminister Donald Tusk hat sich noch wenige Tage vor dem Nato-Gipfel die Unterstützung der USA für eine engere Zusammenarbeit beider Länder in Fragen der Verteidigung und der Energieversorgung eingeholt. Als künftiger Ratspräsident in Brüssel wird der Liberal-Konservative versuchen, die EU-Staaten auf einen harten Kurs gegen den Kreml einzuschwören. Jüngste Umfragen zeigen: 78 Prozent der Polen glauben, dass die Ukraine-Krise die Sicherheit ihres Landes bedroht, 63 Prozent finden, dass die EU nicht engagiert genug gegen Russland vorgeht.

Dabei entsteht ein Paradoxon: Ausgerechnet 75 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Polen kühlen die gegenseitigen Beziehungen ab, weil sich Deutschland nach Ansicht der Polen zu passiv verhält. „Deutschland wird uns nicht verteidigen“, prophezeit die einflussreiche liberale Zeitung *Gazeta Wyborcza* und zeigt dazu ein Foto der Kanzlerin mit hängenden Mundwinkeln.

## „Wir haben etwas zu verlieren“

Noch im Januar wurde Angela Merkel an der Weichsel zur „Politikerin des Jahres“ gewählt. Schätzte man bis dahin ihr distanziertes Verhältnis zu Russland, kommt ihre Politik des Moderierens dem polnischen Bedürfnis nach emotionalen Solidaritätsgesten jetzt immer weniger entgegen. Durch seine „Russienliebe“ sei Deutschland nicht mehr geeignet, eine führende Rolle in der EU zu spielen, sagt Roman Kuzniar, Berater des Staatspräsidenten Bronislaw Komorowski. Russland sei in deutschen Augen wie ein Kind, das „eine besonders stressfreie Umgebung brauche, um heranzuwachsen“.

Nicht wenige denken so. Zwei leitende Ärzte des Lubliner Krankenhauses etwa sind tief beunruhigt.



Eine Kolonne russischer Panzer mit Soldaten – viele Balten, aber auch Polen fühlen sich bedroht.

Foto: dpa

„Wir brauchen 15 Nato-Basen hier im Land“, meint der eine, der völlig anonym bleiben will, Russland verstehe nur die Sprache die Stärke. „Wir haben uns hier in Polen Wohlstand aufgebaut, wir haben nun etwas zu verlieren. Die meisten Russen haben nichts, auch keinen politischen Einfluss. Der Kreml kann größere Verluste in der Bevölkerung Kauf nehmen“, zeichnet sein Kollege Dariusz ein Kriegsszenario.

Anderer Meinung sind jene, die von den russischen Sanktionen betroffen sind wie die Landwirte. Bis zum Embargo Anfang August kam noch jeder zweite Apfel in Russland aus Polen. Agnieszka, Besitzerin eines kleinen Lebensmittelladens im Süden Warschaws, würde sich über mehr Verhandlungsbereitschaft der verantwortlichen Politiker freuen. Auch Verwandte, die einen landwirtschaftlichen Betrieb nahe Warschau führen, hätten nun große Schwierigkeiten. Die Molke, die ihnen Milch abnimmt, zahle nun nicht mehr mit Geld, sondern mit Käse, den sie nicht mehr nach Russland exportieren könne. „Solche Probleme werden in den polnischen Medien nicht besprochen“, kritisiert Agnieszka.

Die Regierung in Warschau ergreift unterdessen immer deutlicher Partei für Kiev. Polnische Lastwagen sind auf dem Weg zur

Front im Südosten der Ukraine. Geladen sind Decken und Verpflegung für die ukrainischen Soldaten, die derzeit durch die Separatisten und Einheiten der russischen Armee in der Defensive verharren. Auftraggeber ist das polnische Verteidigungsministerium, das

seine Stärke auffallend demonstriert. Am Feiertag des polnischen Militärs Mitte August wurde die bisher größte Parade mit über 1200 Soldaten, Kampfpanzern und Raketenwerfern in Warschau abgehalten. Auch die soeben beendete Militärmesse in der polnischen Mittelstadt

Kielce erreichte mit 500 Ausstellern einen Rekord. So verwundert es nicht, dass jetzt im polnischen Parlament für das Jahr 2015 ein Verteidigungshaushalt von umgerechnet zehn Milliarden Euro beschlossen worden ist. Davon entfallen 25 Prozent auf die Modernisierung der Armee. Für das Jahr 2014 waren lediglich acht Milliarden Euro vorgesehen.

Mitunter misstraut man auch der Nato. So wird öffentlich darüber diskutiert, was passieren würde, wenn die Iskander-Kurzstreckenraketen im russischen Kaliningrad auf die Nato-Mitglieder Polen und die baltischen Staaten abgeschossen würden. Schließlich haben die Russen in der Enklave, die an Polen und Litauen grenzt, mehrere Großmanöver zu Land und zur See abgehalten.

Zwar sieht der Artikel 5 des Nato-Vertrages, der sogenannte Bündnisfall, ein Eingreifen der Alliierten vor. Doch es sei nicht klar definiert, wie dieses Eingreifen aussehe, sorgt sich die Zeitung „Dziennik“. Schließlich sei der Bündnisfall in der 65-jährigen Geschichte der Nato noch nie eingetreten. Und so spekuliert die Zeitung, dass die übrigen Mitglieder auch in diesem Fall allein mit verschärften Sanktionen auf Russlands Aggression reagieren könnten.

## Im Westen von Putins Reich

**Grenzen** Die Nato-Länder Estland und Lettland grenzen direkt an Russland. Gemeinsam mit Litauen waren sie bis zum Zerfall der Sowjetunion 1990/91 Sowjetrepubliken – ebenso wie das heute eigenständige Weißrussland, die Ukraine und Moldawien. Zu den ehemals von Russland abhängigen Ostblockstaaten, die dem bis 1991 bestehenden Warschauer Pakt angehörten, zählen die DDR, Polen, Tschechien und die Slowakei (Tschechoslowakei), Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Eine gemeinsame Grenze mit Russland haben auch Finnland und Nato-Mitglied Norwegen.



# Der Ernstfall erscheint ganz nah

Misstrauen der baltischen Staaten sitzt tief – Auch Finnland und Schweden suchen die Nähe der Nato

Im Baltikum leben viele Menschen mit russischen Wurzeln. Das nährt die Furcht, Russland könnte sich hier ebenfalls als Schutzmacht aufspielen.

ANDRE ANWAR und dpa

Die Angst in den zeitweise zum Russischen Reich und bis 1990 zur Sowjetunion gehörenden drei baltischen Ländern Estland, Litauen und Lettland, im Ernstfall im Stich gelassen zu werden, sitzt tief – auch wenn sie seit 2004 der Nato angehören. Schließlich hat Moskau die Einverleibung der ukrainischen Krim damit begründet, dass dort Russen leben und man diese auch im Ausland schützen müsse.

In Lettland haben etwa 27 Prozent der Gesamtbevölkerung russische Wurzeln, in Estland sind es gut 25 Prozent, in Litauen immerhin noch 6 Prozent. Die wichtige estnische Industriestadt Narwa ist

sogar mehrheitlich russischsprachig, und nicht selten fühlen sich die Baltenrussen als Bürger zweiter Klasse.

Fakt ist: Allein hätten die drei kleinen Staaten mit ihren rund sechs Millionen Einwohnern dem übermächtigen Nachbarn kaum etwas entgegenzusetzen. Im Ernstfall müsste man eine Art Partisanenkrieg führen, sagte Lettlands Verteidigungsminister Raimonds Vejonis unlängst. Mehr als ein paar Tage haltenden Widerstand könne man kaum leisten – bis dahin müssten die Verbündeten vor Ort sein. Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė forderte dieser Tage sogar, der Westen müsse die Ukraine mit Waffen versorgen, damit sich das Land gegen eine russische Invasion wehren könne, denn: „Russland ist praktisch im Krieg mit Europa.“

Die Nato hat seit dem Ukraine-Konflikt ihre Luftüberwachung im Baltikum erhöht. Zudem patrouillieren Nato-Schiffe in der Ostsee. Klei-

ner amerikanische Verbände halten in den drei baltischen Ländern Manöver ab. Nun plant die Nato eine schnelle Eingreiftruppe von 4000 Mann, die im Ernstfall binnen weniger Tage im Baltikum sein kann. Den Ländern dort geht das nicht weit genug. Sie fordern eine permanente militärische Nato-Präsenz in Form von Truppen, Waffen und gemeinsamen Manövern.

Schon mehrfach wurde öffentlich diskutiert, ob der Westen im Falle eines russischen Einmarsches im Baltikum tatsächlich eingreifen würde. Während die Regierungen auf das Bündnis vertrauen, das US-Präsident Obama mit seinem Besuch vor dem Nato-Gipfel noch einmal bekräftigte, gibt es in der Bevölkerung Bedenken, wie viel die Beistandsgarantien im Ernstfall wert sind. „Wir benötigen mehr Truppen von anderen Nato-Ländern. Ich erinnere mich daran, wie es in der Sowjetzeit war – und das sind keine guten Erinnerungen“, sagt Birgit

Skolimowski (36), Schmuckdesignerin aus Tallinn. Die russische Minderheit wiederum ist mehrheitlich gegen Nato-Truppen. „Wir brauchen keine Nato-Soldaten. Die Krim hat eine lange russische Geschichte. Es ist richtig, dass sie wieder russisch ist. Aber in Estland gibt es keine russische Bedrohung“, sagt etwa die 70-jährige russischstämmige Jekaterina Vakarjuk.

Neben den drei baltischen Ländern wollen auch die neutralen



Präsidentin Grybauskaitė: Russland ist praktisch im Krieg mit Europa. Foto: dpa

EU-Länder Schweden und Finnland ihre Zusammenarbeit mit der Nato ausbauen. Schwedens Vizeministerpräsident Jan Björklund und der finnische Verteidigungsminister Carl Haglund fordern seit dem Ukraine-Konflikt öffentlich die Vollmitgliedschaft ihrer Länder in der Nato. Mit dem sogenannten Gastlandabkommen sollen jetzt Nato-Truppen auf Einladung der Regierungen in Helsinki und Stockholm zunächst einmal ohne Hindernisse in beiden nordischen Ländern Übungen, Transporte und Kriegseinsätze absolvieren können. Die Gastgeber kümmern sich um die Infrastruktur – von der Truppenunterbringung bis zur Transportlogistik.

Nato-Gegner in beiden Ländern kritisieren, dass ihre Regierungen sich auf einem undemokratischen Schleichweg in eine volle Nato-Mitgliedschaft befinden. Denn die Mehrheit der finnischen und schwedischen Bevölkerung ist gegen einen Nato-Beitritt.

## „Längst nicht mehr Partner, sondern Gegner“

„Ein rationaler Dialog mit Putin ist nicht mehr möglich“, sagt der Politik-Professor und Nato-Experte Johannes Varwick von der Universität Halle. Die Eiszeit mit Russland könne viele Jahre dauern.

ANTJE BERG

Herr Professor Varwick, die baltischen Staaten fürchten, Russland könnte auch bei ihnen als Schutzmacht der russischen Minderheiten eingreifen. Eine berechtigte Angst? JOHANNES VARWICK: Ich halte diese Sorge für unbegründet, kann sie aber gut verstehen, weil das russische Verhalten zurzeit durch ein hohes Maß an Unberechenbarkeit gekennzeichnet ist. Die Nato sollte das Sicherheitsbedürfnis der Staaten unbedingt ernst nehmen. Der Gedanke, dass der Angriff auf ein Nato-Mitglied ein Angriff auf alle ist, muss heute auch für eine Kriegsführung gelten, die den Kommandoaktionen auf der Krim gleicht.

Die Nato will fünf neue Stützpunkte in Osteuropa und eine Eingreiftruppe mit 4000 Soldaten aufbauen, die innerhalb weniger Tage vor Ort sein kann. Wird das Putin nicht noch aggressiver machen? VARWICK: Selbstverständlich muss man aufpassen, dass die Lage nicht eskaliert. Dennoch ist Abschreckung notwendig. Sie ist immer ein schmaler Grat zwischen Eskalation und Schutz. Auf das russische Verhalten kann man nicht mit Untätigkeit reagieren.

Einige Nato-Mitglieder fordern, die Nato-Russland-Gründungsakte aufzukündigen, die eine „permanente Stationierung substanzieller Truppen“ in Osteuropa ausschließt. VARWICK: Davon ist dringend abzuraten. Diese Akte ist flexibel genug, um das zu machen, was man jetzt vorhat. Sie aufzukündigen, würde Russland unnötig reizen.



Johannes Varwick: Russland nicht provozieren, die Ukraine nicht fallen lassen. Foto: Uni Halle

Deutschland wird gerade von den Balten vorgeworfen, zu zögerlich zu sein. Trifft das zu?

VARWICK: Nein, davon kann man jetzt nicht mehr sprechen. Die Bundesregierung weiß inzwischen, dass Russland längst nicht mehr Partner, sondern Gegner geworden ist. Deutschland hat sich etwas schwerer mit dieser Erkenntnis als andere Staaten getan, weil man hierzulande gute Erfahrungen mit der in den 70er Jahren begründeten Ostpolitik gemacht hat, also mit dem Wandel durch Annäherung.

Was ist mit Putin in Verhandlungen noch zu erreichen?

VARWICK: Es gibt keine Alternativen zu Gesprächen, aber man muss sie auf Basis großer Geschlossenheit und starker Signale führen. Nur dann kann Russland erkennen, dass es seinen eigenen, auch wirtschaftlichen Interessen selbst am meisten schadet. Ich gehe davon aus, dass ein rationaler Dialog mit Putin nicht mehr möglich ist. Die Politik des Westens muss daher auch auf die Zeit nach ihm ausgerichtet sein.

Wie lang wird es dauern, bis sich die Beziehungen wieder normalisieren?

VARWICK: Im Verhältnis Nato-Russland werden wir uns auf eine lange Eiszeit einstellen müssen, die Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern kann. Aufgabe der Politik ist es jetzt, auch für die Zeit danach zu planen. Unterlassen dürfen aber die Dialogangebote nicht abreißen. Denn nur sie können verhindern, dass ein neuer und sehr gefährlicher Kalter Krieg heraufzieht.

Die Ukraine würde am liebsten selbst Nato-Mitglied werden. Eine gute Idee?

VARWICK: Nein, Russland müsste das als schwerste Provokation verstehen. Eine Lösung könnte daher die so genannte gesicherte Neutralität sein, wie Finnland sie früher hatte. Im Moment geht es schlichtweg um die Kunst, Russland nicht zu provozieren und die Ukraine nicht fallen zu lassen.